

CHANCE 2009.

DIE ERWARTUNGEN BADEN-WÜRTTEMBERGS AN DIE BUNDESPOLITIK.

*Leitantrag zum 39. ordentlichen Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg*

beschlossen am 11. und 12. Juli 2009 in Asperg
und am 19. August beim Landesausschuss in Reutlingen

Inhaltsverzeichnis

Seite

I.	Präambel: Baden-Württemberg als Maßstab	3
II.	Wirtschaft und Arbeit: Soziale Marktwirtschaft neu beleben	4
III.	Haushalt und Finanzen: Kurs halten in der Krise	6
IV.	Soziales und Gesundheit: Demographische Herausforderung annehmen	7
V.	Infrastruktur: Wege zum Wachstum	9
VI.	Umwelt und Landwirtschaft: Nachhaltigkeit als Schlüssel für die Zukunft	11
VII.	Gesellschaft, Familie und Integration: Werte schaffen Gemeinschaft	13
VIII.	Innere Sicherheit: Keine Freiheit ohne Sicherheit	15

Redaktion

Peter Bausenhardt
Marcel Bonnet
Katharina Caspary
Björn Hannemann
Ralf Stefan Hübner
Martina Hurst
Siegfried Lorek
Alexander Rechner
Thomas Wagenblast
Uwe Wiedmann

1 I. PRÄAMBEL: BADEN-WÜRTTEMBERG ALS VORBILD

2
3 **Das Musterland.** Der erste Bundespräsident Theodor Heuss hat einmal Baden-Württemberg als
4 „Modell deutscher Möglichkeiten“ bezeichnet. Die Menschen und Unternehmen im Südwesten haben
5 das Vertrauen, das dieser Gründungsvater der Bundesrepublik Deutschland in sie setzte, auch in den
6 zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten stets gerechtfertigt. Baden-Württemberg als Modell für
7 Wirtschaftskraft, Innovation, Bildung und gesellschaftliches Miteinander ist aber angewiesen auf ei-
8 nen Bund, der die richtigen Rahmenbedingungen setzt.

9
10 **Koalition des Rückschritts.** Die Ende 2005 angetretene „Große Koalition“ auf Bundesebene erlebt
11 in diesen Tagen ihr wohlverdientes Ende. Für viele Menschen in Deutschland wird sie als „Koalition
12 der großen Enttäuschungen“ in die Geschichte eingehen. In den guten Jahren hat sie es nicht ver-
13 mocht, Deutschland umfassend zu sanieren; jetzt in der Krise fehlen ihr überzeugende Antworten. An-
14 statt den Weg der Agenda 2010 und des Leipziger Programms der CDU mutig weiter zu gehen, haben
15 sich die „Partner“ in weiten Teilen mit Formelkompromissen und Verschlimmbesserungen zufrieden
16 gegeben. Sündenfälle, wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, der Postmindestlohn, die Ver-
17 längerung des ALG I, die missratene Erbschaftssteuerreform, das Herumdoktern an der Rentenformel,
18 die missglückte Gesundheitsreform und Geldvernichtungsaktionen wie die Abwrackprämie, haben
19 zahlreiche bürgerliche Wähler von der Union entfremdet.

20
21 **Für eine nachhaltige Bundespolitik.** Das zentrale Anliegen der Jungen Union ist es vor diesem Hin-
22 tergrund, auch in Berlin für eine umfassend nachhaltige und transparente Politik einzutreten, die
23 langfristig Perspektiven eröffnet und für zuverlässige Rahmenbedingungen sorgt. Zu diesen Rahmen-
24 bedingungen gehört für uns die Ehrlichkeit, Probleme klar zu benennen und auch Lösungen aufzuzei-
25 gen. Viel zu oft ist in den letzten Jahren von Umfragen geleiteter politischer Aktionismus an die Stelle
26 sachgerechter Entscheidungen getreten. Nur wenn in Berlin wieder Beschlüsse fallen, die über den
27 Tag hinaus bestehen, können junge Menschen eine verlässliche Zukunftsplanung beginnen.

28
29 **Föderalismus erhalten.** Als deutsches Modell weiß Baden-Württemberg wie kaum ein anderes Land
30 um die Bedeutung des Föderalismus und eines am Subsidiaritätsprinzip orientierten Staatsaufbaus.
31 Während es im Zentralstaat letztlich nur einen Lösungsversuch gibt, zeichnen sich Bundesstaaten
32 durch unterschiedliche Lösungen aus. Gerade der Südwesten hat gezeigt, dass dezentrale Organisati-
33 onsstrukturen bürgernahe Lösungen ermöglichen. Deswegen müssen baden-württembergische Ver-
34 treter immer dann lautstark auftreten, wenn es in der Berliner Luft oder auf den Brüsseler Fluren wie-
35 der einmal nach Zentralismus riecht und Zuständigkeiten auf höhere Ebenen verlagert werden.

36
37 **Baden-Württemberg ernst nehmen.** Vom Erfolg der Menschen und Unternehmen in unserem Hei-
38 matland hat stets auch die gesamte Bundesrepublik profitiert. Ohne Steuermilliarden aus Baden-
39 Württemberg wären weder der Aufschwung Ost finanzierbar, noch zahlreiche Projekte in anderen
40 Ländern realisierbar gewesen. Die Bürger im Südwesten können daher zu Recht von der Bundespolitik
41 erwarten, dass sie im Gegenzug ihre Interessen und Wünsche maßgeblich berücksichtigt.

42
43 **Lobbyarbeit für Baden-Württemberg.** Angesichts der Vehemenz, mit der andere Bundesländer auf
44 der Berliner Bühne für Ihre Anliegen werben, erwartet die Junge Union von den Vertretern des Süd-
45 westens in den kommenden vier Jahren eine konsequente Lobby-Arbeit für Baden-Württemberg. An-
46 statt Sympathiepunkte im Bundeskanzleramt zu sammeln, sollten Regierungsmitglieder und Abge-
47 ordnete aus Baden-Württemberg sich vielmehr für die Interessen Ihrer Wählerinnen und Wähler im
48 Südwesten einsetzen. Wer dabei den Konflikt mit der Parteiführung scheut, ist aus Sicht des Landes
49 eine Fehlbesetzung. Vielmehr kommt es gerade darauf an, wann immer baden-württembergische In-
50 teressen auf dem Spiel stehen, das Gewicht der Landesgruppe in die Waagschale zu werfen und im
51 Sinne des Landes zu stimmen.

56 II. WIRTSCHAFT UND ARBEIT : SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT NEU BELEBEN

57
58 **Aus Fehlern lernen.** Kaum ein Politikfeld steht so für die Entfremdung der Bundes-CDU von ihren
59 Grundüberzeugungen wie die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. An die Stelle einer Politik, die
60 die Eigenverantwortung des Einzelnen einbindet in seine gesellschaftlichen Verpflichtungen, trat in
61 den vergangenen Jahren ein Konzept der Gängelung und Entsolidarisierung. Wenn die Antwort auf
62 ökonomische Herausforderungen und wirtschaftliche Schieflagen nur noch im Ruf nach staatlichen
63 Maßnahmen besteht, stärkt das den Glauben, für die Folgen des eigenen Handelns nicht mehr ver-
64 antwortlich sein zu müssen. Der in den letzten Wochen beispielsweise in der Arcandor-Frage zu beo-
65 bachtende Richtungswechsel der Union hin zu wieder mehr Marktwirtschaft, zeigt die Bereitschaft
66 mancher Teile der Unionsspitze, aus ihren Fehlern beispielsweise bei der Opel Rettung zu lernen. Die
67 Junge Union begrüßt dies ausdrücklich.

68
69 **Soziale Marktwirtschaft als Konzept der Mitte.** Im Gegensatz zur linken Staatsgläubigkeit lehnt
70 die Junge Union jede Form ausufernder Interventionen ab und tritt für so viel Freiheit wie möglich auf
71 der Basis der Rahmenbedingungen ein, die auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft im Sinne
72 Ludwig Erhards nötig sind. Gleichzeitig unterscheidet sich die Junge Union jedoch vom marktliberalen
73 Radikalismus und begrüßt einen starken und handlungsfähigen Staat. Er soll nicht nur Gemeinschafts-
74 aufgaben erfüllen, sondern auch Orientierung und ein gemeinsames Wertefundament bieten. Der Er-
75 folg dieses Konzepts der sozialen Marktwirtschaft spiegelt sich nicht nur in 60 Jahren Bundesrepublik
76 wider, sondern wird auch dadurch belegt, dass sich unsere Wirtschaftsordnung längst zum Export-
77 schlager entwickelt hat. Für viele Menschen auf der Welt sind die Ideen Ludwig Erhards und der CDU
78 damit zum Garanten für Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit geworden.

79
80 **Sozial ist, was Arbeit schafft.** Aus der Erkenntnis des wirtschaftspolitisch Richtigen muss sich nach
81 Meinung der Jungen Union ein Reformpaket schnüren lassen, dessen grundlegende Komponenten
82 über die kommende Legislaturperiode hinaus Bestand haben können. Zur Bekämpfung der Arbeitslo-
83 sigkeit, die sowohl Hauptursache für die sinkenden staatlichen Einnahmen wie auch die steigenden
84 Sozialausgaben ist, müssen die Reformen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik vo-
85 rangetrieben werden. Gleichzeitig gilt es, die Unternehmen von Bürokratiekosten zu entlasten. Vor al-
86 lem die ausufernden Nachweis- und Dokumentationspflichten kann eine kommende Bundesregierung
87 problemlos beschränken und damit gerade kleine und mittlere Unternehmen entlasten. In diesem Zu-
88 sammenhang gilt es nicht nur den Datenhunger der statistischen Ämter zu beschneiden, sondern auch
89 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf das europarechtlich notwendige Mindestmaß zurecht-
90 zustutzen. Ferner sollte eine neugewählte Bundesregierung in Brüssel auf eine Reform der entspre-
91 chenden Richtlinie drängen und dabei sicherstellen, dass in Deutschland und Europa die privatrechtli-
92 che Vertragsfreiheit wieder zur Maxime wird. Dem Ziel, die Wirtschaft zu entlasten und damit Impulse
93 für mehr Arbeit zu geben, würde auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für alle Wirt-
94 schaftsbranchen widersprechen. Vom Staat ohne Rücksicht auf die Marktbedingungen festgesetzte
95 Garantielöhne verhindern die Entstehung neuer Arbeitsplätze für geringer qualifizierte Arbeitnehmer,
96 treiben Anbieter solcher Tätigkeiten in die Schwarzarbeit und die entsprechende Nachfrage ins Aus-
97 land.

98
99 **Arbeitnehmer in der Krise stärken.** Sowohl die Anliegen von Arbeitnehmern, wie auch die der stei-
100 genden Zahl von Kurzarbeitern und Arbeitssuchenden finden im verkrusteten System des aktuellen
101 Arbeitsrechts keine ausreichende Berücksichtigung. Durch betriebliche Bündnisse gilt es daher, die
102 Entscheidung über Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen wieder in die Hände der Menschen im
103 Unternehmen zurückzugeben. Lösungen, die in den Betrieben gefunden wurden, dürfen in Zukunft
104 nicht mehr durch ferne Gewerkschaftszentralen blockiert werden. Ein gelockerter Kündigungsschutz
105 könnte es Unternehmen ermöglichen, am Ende der Krise flexibel auf die sich dann verändernde Auf-
106 tragslage zu reagieren und kurzfristig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157

Führung bedeutet Verantwortung. In Teilen verändern muss sich aber auch die Einstellung der wirtschaftlichen Eliten zum Standort Deutschland und seinen Menschen. Zu häufig vergessen Manager ihre Verpflichtung gegenüber ihren Arbeitnehmern und der Gesellschaft. Die Junge Union erwartet von der deutschen Wirtschaft deshalb ein deutliches Bekenntnis zum Standort Deutschland und eine selbstkritische Analyse der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Allein auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Bonussysteme haben zu einer Erosion des Verantwortungsgefühls in manchen Chefetagen geführt. Die Junge Union stellt deshalb dem Typus des „Turbo-Kapitalisten“ bewusst das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns gegenüber, der an einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert ist. Der für die Produktivität der deutschen Wirtschaft nicht unbedeutende stabile soziale Friede der letzten 60 Jahre beruhte eben auch auf der Bereitschaft von Unternehmensführern wie im baden-württembergischen Mittelstand, sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung in zahlreichen sozialen und gemeinnützigen Projekten im Betrieb und darüber hinaus zu stellen.

Lehrstellen schaffen. Gerade in der Krise kommt es darauf an, auch jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu geben. Baden-Württemberg mit seiner niedrigen Jugendarbeitslosigkeit ist das beste Beispiel dafür, dass das System der dualen Berufsausbildung sich grundsätzlich bewährt hat. Viele Unternehmen haben erkannt, dass wer heute nicht ausbildet, morgen keine qualifizierten inländischen Arbeitnehmer finden kann. Eine Strafgebühr wie die Ausbildungsplatzabgabe wird nach unserer Auffassung die Unternehmen nicht motivieren können, mehr Lehrstellen zu schaffen. Wir lehnen sie daher ab und plädieren stattdessen dafür, stärker auf die Bedürfnisse der Unternehmen einzugehen. Diese wünschen sich neben flexibleren arbeits- und tarifrechtlichen Vorschriften in erster Linie eine Entbürokratisierung sowie mehr Zeit für die passgenaue innerbetriebliche Ausbildung ihrer Lehrlinge. Gleichzeitig sieht die JU die Arbeitgeber aber in der gesellschaftlichen Pflicht, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Um dies zu fördern schlägt die JU vor, ein bundesweites Siegel „Wir bilden aus“ einzuführen und zu bewerben. Im Gegenzug müssen die Schulabgänger bereit sein, orts- und branchenunabhängig flexibel Lehrstellen anzutreten. Die Rolle der Berufsberatung muss dabei kritisch überprüft werden. Sie hat die Aufgabe, auf Chancen und Risiken hinzuweisen und die Ausbildungsplatzsuchenden auf Perspektiven der einzelnen Berufsfelder aufmerksam zu machen. Wir fordern die Warteschleifen zwischen Schulen und Ausbildung bzw. Ausbildung und Beruf zu verkürzen. Um eine exakte Aussage über Lehrstellensuchende zu machen, sehen wir die Einführung einer flächendeckenden Schulabgängerstatistik als dringend geboten an.

Vorsprung sicher Zukunft. Die Bundesrepublik ist als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie sowie der Weltmarktführer besonders von der Wirtschaftsspionage betroffen. Damit ist Wirtschaftsspionage eine der größten Gefahren für Deutschland. Die Folgen sind nicht sofort erkennbar, die Auswirkungen in der Zukunft für Deutschland jedoch verheerend. Neben technischem Know-how sind vor allem Produktideen, komplexe Fertigungstechniken sowie Unternehmens- und Marktstrategien Zielobjekte der Wirtschaftsspionage. Der für Deutschland so wichtige Mittelstand ist hiervon am stärksten betroffen. Die Junge Union fordert daher einen besseren Schutz der deutschen Wirtschaft vor illegalem Wissensabfluss. Der so wichtige Vorsprung in der Spitzentechnologie darf nicht leichtfertig verspielt werden.

Der Staat soll nicht alle retten. Die dargestellten Leitlinien einer nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen auch in Zeiten der Krise gelten. Staatliche Beihilfen, egal ob als sofortige Kredite oder möglicherweise erst später fällige Bürgschaften, sind nur zu rechtfertigen, wenn ein Unternehmen grundsätzlich gesund oder in besonderem Maße systemrelevant ist. Der Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsengpässe hilft, ein Unternehmen zu stabilisieren und Arbeitsplätze über die Krise hinaus zu erhalten. Unternehmen, die jedoch auf Grund fehlender wirtschaftlicher Perspektiven auch in prosperierenden Zeiten nicht überlebensfähig gewesen wären, können keinen Anspruch auf staatliche Hilfe haben. Dies gilt unabhängig von der Größe und Beschäftigtenzahl. Solchen Unternehmen

158 dennoch unter die Arme zu greifen, ist nicht nur für den Steuerzahler teuer, sondern benachteiligt
159 auch unmittelbar die Wettbewerber. So hat die so genannte Opel-Rettung zusammen mit der in erster
160 Linie ausländische Autohersteller begünstigenden Abwrackprämie zu erheblichen Wettbewerbs-
161 nachteilen für die baden-württembergischen Automobilproduzenten geführt. Ein geordnetes Insol-
162 venzverfahren wäre der bessere Weg gewesen. Dieses Modell ist bei ähnlich gelagerten Fällen zukünf-
163 tig zu bevorzugen.

164
165 **An den Wurzeln der Krise ansetzen.** Die Finanzmarktkrise hat ihren Ausgangspunkt im Platzen der
166 Immobilienblase. Diese Blase entstand vor allem aufgrund einer extremen Verschuldung der Privat-
167 Haushalte und des Staates in den USA sowie einer massiven Ausweitung der Liquidität an den Fi-
168 nanzmärkten aufgrund der „Politik des billigen Geldes“ der US-Notenbank. Aus der Erkenntnis, dass
169 die Krise durch ein Übermaß an Schulden und Liquidität entstanden ist, müssen langfristige Konzepte
170 und Maßnahmen der Krisenbekämpfung abgeleitet werden. Dabei sieht die Junge Union in den Schul-
171 den von heute nicht nur die Steuern von morgen, sondern auch mögliche Auslöser weiterer Wirt-
172 schaftskrisen in der Zukunft. Die Junge Union befürwortet deshalb die Unabhängigkeit und die nur an
173 der Preisstabilität ausgerichtete europäische Zentralbank.

174
175 **Die Gier kontrollieren und Verbraucher schützen.** Hochspekulative Anlageformen, die nicht einmal
176 von Teilen ihrer Anbieter voll verstanden wurden, gehörten genauso zu den Auswüchsen in den Zeiten
177 vor der Finanzkrise, wie die zügellose Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte. Die Jagd
178 nach kurzfristigen Gewinnen hat dabei allerdings nicht nur Fondsmanager und Investmentbanker an-
179 gesteckt, sondern auch die Kleinanleger. Ein Bewusstseinswandel hin zu nachhaltigen Investitionen ist
180 nötig, dürfte ohne entsprechende Regelungen aber kaum durchsetzbar sein. Die Junge Union plädiert
181 daher für eine mindestens europaweite Reglementierung der Finanzmärkte einschließlich einer ent-
182 sprechend engen Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden. Dabei sollten Anlageklassen
183 grundsätzlich durch einen unabhängigen „TÜV“ geprüft und bewertet werden. Insbesondere private
184 Anleger sind über die Risiken der jeweiligen Produkte durch die vertreibende Bank ausführlich zu in-
185 formieren. Mögliche Kriterien einer solchen Prüfung, die beispielsweise die BaFin übernehmen könn-
186 te, sollten die Stabilität, Sicherheit und Flexibilität eines Produkts sein. Dabei darf es jedoch nicht zu
187 einer Überregulierung der Finanzmärkte kommen, die deren Fähigkeit, die Finanzierung der Gesamt-
188 wirtschaft sicherzustellen, gravierend beeinträchtigen könnte.

189 190 191 **III. HAUSHALT UND FINANZEN: KURS HALTEN IN DER KRISE**

192
193 **Schwarze Null bleibt das Ziel.** Trotz der erheblichen Anstrengungen, welche die aktuelle Finanz-
194 und Wirtschaftskrise erfordert, hält die Junge Union am Ziel der Nullverschuldung fest. Nur wenn wir
195 heute sparen, bleibt uns und unseren Kindern noch genügend Spielraum für eigene Akzente. Während
196 für den Bundeshaushalt angesichts des enormen Finanzbedarfs der Konjunktur-, Beihilfe- und Bürg-
197 schaftsprogramme die Nullverschuldung nur mittelfristiges Ziel sein kann, gilt es, die Haushalte der
198 Kommunen und der Länder auch in Krisenjahren auf die „schwarze Null“ zu verpflichten. In deren
199 Haushalten erwartet die Junge Union dank der erheblichen Zuflüsse von Bundesmitteln, dass es trotz
200 der Finanzkrise möglich sein muss, durch erhebliche Sparanstrengungen die Nullverschuldung zu hal-
201 ten bzw. zu erreichen. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Junge Union die auf Betreiben Baden-
202 Württembergs vereinbarte Schuldenbremse im Grundgesetz. Zudem ist es in unserem eigenen natio-
203 nalen Interesse, auf der Einhaltung des europäischen Stabilitätspaktes in allen EU-Staaten zu beste-
204 hen und damit eine zentrale Voraussetzung eines stabilen Euro sicherzustellen.

205
206 **Schlanker Staat - weniger Schulden.** Um auf Bundesebene zumindest mittelfristig die Nullver-
207 schuldung erreichen zu können, plädiert die Junge Union dafür, auch in der Krise staatliche Aufgaben
208 zu hinterfragen und die einzelnen Elemente der Konjunkturprogramme stetig auf ihre Wirksamkeit

209 hin zu überprüfen. Grundsätzlich beseitigt ein schuldenfinanziertes Krisenmanagement nicht die Las-
210 ten einer Krise, sondern verschiebt sie nur auf kommende Generationen. So hat die Abwrackprämie
211 zwar erhebliche Kosten für den Steuerzahler verursacht, gleichzeitig auf dem Automobilmarkt aber
212 nur zu einem kurzen Strohfeuer geführt. Deswegen spricht sich die Junge Union mit Vehemenz gegen
213 eine erneute Erhöhung der für die Abwrackprämie zur Verfügung stehenden Mittel aus. Aber auch ab-
214 seits solcher in Spendierlaune aufgelegter Programme gilt es, staatliche Aufgaben und Maßnahmen zu
215 hinterfragen. Die Junge Union will keinen Staat, der immer neue Aufgaben an sich zieht, sondern eine
216 öffentliche Hand, die sich auf die zuverlässige Erfüllung ihrer Kernaufgaben konzentriert und eine zü-
217 gige Konsolidierung der Haushalte von Bund und Ländern aus Gründen der Generationengerechtig-
218 keit vorantreibt. In diesem Zusammenhang besteht die Junge Union mit Nachdruck darauf, die jetzt
219 durch den Staat erworbenen Unternehmensanteile sobald als möglich und sofern ein wirtschaftlich
220 vertretbarer Preis zu erzielen ist, wieder zu verkaufen. Die daraus erzielten Erlöse müssen zwingend
221 und vollumfänglich in den Schuldenabbau fließen. Ein schlanker Staat bedeutet aber auch, Entschei-
222 dung und Finanzierung in eine Hand zu legen. Oft praktizierte Doppelzuständigkeiten und Mischfi-
223 nanzierungen verzerren die Entscheidungsfindungen und führen nicht zu wirtschaftlich sinnvollen
224 Entscheidungen.

225
226 **Belastungen schonungslos offen legen.** Der Bundeshaushalt gibt seit Jahren nur ein unvollständiges
227 Bild der tatsächlichen Belastung der öffentlichen Hand wider. Die Verbindlichkeiten von Sonderver-
228 mögen werden genauso unterschlagen wie die immensen Pensionslasten. Die Junge Union erwartet
229 von der Bundesregierung die Einstellung der Kosten für die Altersversorgung in den Bundeshaushalt,
230 die Berücksichtigung der in Sondervermögen versteckten Belastungen und jährliche Auskunft über
231 die übrigen öffentlichen Verbindlichkeiten einschließlich der durch die zahlreichen staatlichen Bürg-
232 schaften entstandenen Eventualverbindlichkeiten. Darüber hinaus fordert die Junge Union eine zügi-
233 ge Umstellung der kameralistischen auf die doppelte Buchführung.

234
235 **Steuerbelastung abbauen.** Über 50 Cent eines jeden in Deutschland erwirtschafteten Euros ver-
236 schwinden auf Grund von Steuern und Sozialbeiträgen in den öffentlichen Kassen. Immer mehr Men-
237 schen reagieren darauf im günstigsten Fall mit Unverständnis, immer häufiger mit Politikverdrossen-
238 heit, Auswanderungsgedanken, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Allein schon aus diesem
239 Grund ist die Junge Union von der Notwendigkeit eines verständlichen und gerechten Steuersystems
240 überzeugt. Die Ideen von Friedrich Merz und Paul Kirchhoff bilden dabei nach wie vor den richtigen
241 Ansatz, müssen jedoch künftig besser kommuniziert werden. Angesichts des Primärziels der Nullver-
242 schuldung können die ersten Schritte einer solchen Reform nur in einer aufkommensneutralen Steu-
243 ervereinfachung liegen. Es führt jedoch nichts an einer dringend erforderlichen Entlastung der Mittel-
244 schicht und des Mittelstands vorbei. Vor allem die Beseitigung der so genannten „Kalten Progression“
245 wird die Mitte der Gesellschaft spürbar entlasten. Gleichzeitig soll eine Steuerstrukturreform überhol-
246 te Abgaben, wie etwa den Solidaritätszuschlag in seiner heutigen Form, abschaffen und die Steuerlast
247 grundsätzlich von direkten Steuern auf indirekte verlagern. Die Bürger müssen darüber hinaus wieder
248 mehr Vertrauen in eine gute und zukunftsgerichtete Steuerpolitik gewinnen können. Hierzu bedarf es
249 auch eine Strategie, notwendige Steuererhöhungen oder –veränderungen ehrlich und offen zu kom-
250 munizieren und Aussagen nicht lediglich aus wahltaktischen Gründen zu tätigen.

251
252 **Steuerwettbewerb ermöglichen.** Der politische Gestaltungsspielraum einer staatlichen Ebene -
253 hängt neben dem Umfang der Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten- vor allem vom Maß
254 der finanziellen Selbständigkeit ab. Wer gesetzgeberisch handeln darf, muss sich auch finanzieren
255 und daher seine Einnahmensituation selbst beeinflussen können. Die Junge Union tritt daher für ein
256 Hebesatzrecht der Länder auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ein und fordert zugleich, die
257 allein den Ländern zufließenden Steuerarten in deren Gesetzgebungskompetenz zu überführen. Zum
258 Schutz dieses neuen Spielraums müssen die aus dem Hebesatz erzielten Mittel beim Länderfinanz-
259 ausgleich außer Betracht bleiben. Diese partielle Steuerautonomie wird es den Empfängerländern in

260 Zukunft schwer machen, Ergänzungszuweisungen zu verlangen und langfristig überhaupt bundes-
261 staatliche Ausgleichsansprüche geltend zu machen. Der durch die Reform entstehende direktere Zu-
262 sammenhang zwischen Länderaufgaben und Ländersteuern wird dem Bürger die Kosten staatlicher
263 Programme und Maßnahmen auf dem Wege sich verändernder Ländersteuersätze spürbar machen.
264

265 **Staatseinnahmen fair verteilen.** Änderungsbedürftig ist aus Sicht der Jungen Union nicht nur die
266 Struktur der staatlichen Ausgaben, sondern auch die der öffentlichen Einnahmen. Ohne das ungerechte
267 System des Länderfinanzausgleichs, in das Baden-Württemberg jährlich über 2 Mrd. Euro einbe-
268 zahlt, wäre das Land schon heute schuldenfrei. Daher fordert die Junge Union nach Umsetzung der
269 zweiten Stufe der Föderalismusreform die sofortige Abschaffung des Länderfinanzausgleichs sowie
270 eine dritte Stufe mit dem Ziel, einen wirklichen Wettbewerbsföderalismus zu erreichen. Die struktu-
271 relle Benachteiligung der Menschen und Unternehmen im Südwesten zeigt sich jedoch nicht nur im
272 Steuersystem, sondern auch in der Struktur der Sozialkassen. Vor allem die Schlechterstellung der ba-
273 den-württembergischen Ärzte im Zuge der Einführung des Gesundheitsfonds ist ein Beispiel dafür,
274 wie in Berlin auf Kosten Baden-Württembergs Politik gemacht wird.
275
276

277 **IV. SOZIALES UND GESUNDHEIT: DEMOGRAPHISCHE HERAUSFORDERUNG AN-** 278 **NEHMEN**

279
280 **Generationengerechtigkeit als Priorität.** Kaum ein Themenfeld offenbart die mit dem demographi-
281 schen Wandel aufgekommen Herausforderungen so deutlich wie die Sozialpolitik. In keinen anderen
282 Bereich fließt mehr Geld aus dem Bundeshaushalt – und das trotz der zusätzlich vorhandenen, be-
283 achtlichen Beitragsmittel. Zur Finanzierung der fünf Säulen unseres Sozial- und Gesundheitsversiche-
284 rungssystems bedient man sich heute zu oft der Schuldenaufnahme oder setzt auf steigende Beiträge.
285 Ersteres verschiebt die Lasten in ungerechter Weise auf kommende Generationen, letzteres erhöht
286 die Lohnnebenkosten und verschärft damit den zentralen Wettbewerbsnachteil des Standorts
287 Deutschland. Nur wenn das deutsche Sozialsystem die Belastung der Arbeitnehmer begrenzen und
288 die Flucht in die Schuldenfalle verhindern kann, sorgt die Sozialpolitik für ein faires und dauerhaft ver-
289 lässliches Miteinander der Generationen.
290

291 **Länger aktiv bleiben und vorsorgen.** Die Menschen in Deutschland werden immer älter und sind
292 dabei auch immer länger gesund. Diese mehr als erfreuliche Entwicklung bietet den Menschen auch
293 die Gelegenheit, länger beruflich aktiv zu bleiben. Die Junge Union begrüßt daher die grundsätzliche
294 Anpassung des Renteneintrittsalters auf mindestens 67 Jahre. Langfristig streben wir eine Umstellung
295 des Systems dahingehend an, den vollen Rentenanspruch nach 45 Berufsjahren zu gewähren. Um der
296 veränderten Arbeits- und Lebenssituation älterer Arbeitnehmer Rechnung zu tragen, plädiert die Jun-
297 ge Union für flexible Teilzeit- und Rentenübergangsmodelle. Auf diesem Wege ließe sich auch das
298 Miteinander der Generationen in den Betrieben stärken, ein Austausch von Erfahrungen zwischen den
299 verschiedenen Altersklassen wäre leichter möglich. In der Rentenpolitik selbst fordert die Junge Union
300 ein mutiges Bekenntnis zu mehr privater und betrieblicher Altersvorsorge. Eine generationengerechte
301 Reform braucht stets einen Beitrag aller Beteiligten. Die Jüngeren müssen auch zukünftig bereit sein,
302 ihren Anteil an der solidarischen Altersversorgung zu erbringen. Die Älteren werden im Gegenzug ei-
303 ne direkte Koppelung der Rentenhöhe an die Gehaltsentwicklung akzeptieren und auf aus Steuermit-
304 teln finanzierte Sondererhöhungen verzichten müssen. Die Junge Union lehnt daher die jüngst be-
305 schlossene erweiterte Rentenschutzklausel ab, da sie einseitig auf Kosten der jungen Generation geht.
306 Um dies auszugleichen, plädiert die Junge Union für den massiven Ausbau der privaten Altersvorsor-
307 ge. Auf diesem Wege wird auch die langfristig unumgängliche Umstellung weiter Teile der Alterssi-
308 cherung von der Umlagefinanzierung auf ein System der Kapitaldeckung deutlich leichter zu bewerk-
309 stelligen sein und für eine echte Generationengerechtigkeit gesorgt.
310

311 **Schonvermögen unangetastet lassen.** Im Bereich der Arbeitslosenversicherung sieht die Junge Uni-
312 on die beschlossene Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I kritisch. Der Ansatz wirk-
313 kungsvoller Arbeitsmarktpolitik muss auf eine möglichst frühzeitige Aktivierung Beschäftigungsloser
314 abzielen. Ein längerer Bezug des Arbeitslosengeldes widerspricht diesem Ansatz und verschärft gerade
315 in der Krise das Finanzierungsproblem der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Beitragszahler
316 oder der Staatsverschuldung. Stattdessen muss die Leistung eines möglichen jahrzehntelangen Ar-
317beitslebens auch im Falle einer Arbeitslosigkeit angemessen berücksichtigt werden. Die Junge Union
318 plädiert daher für die Erhöhung des Schonvermögens bei der Anspruchsermittlung des Arbeitslosen-
319 geldes. So sollte Wohneigentum im Sinne des klassischen „Häuschens“ oder eine entsprechende Kapi-
320 talanlage auch im Falle längerer Arbeitslosigkeit nicht angetastet werden müssen. Dieses erhöhte
321 Schonvermögen dient schließlich meist der privaten Altersvorsorge und erspart den Sozialkassen spä-
322 tere Mietzuschüsse.

323
324 **Sozialbeiträge sinnvoll einsetzen.** Eine Senkung der Lohnnebenkosten und damit die Entlastung
325 des Faktors Arbeit wird sich nur erreichen lassen, wenn auf der Ausgabenseite die Struktur der Ar-
326beitsvermittlung verschlankt und der Wildwuchs an Förderprogrammen auf den Prüfstand gestellt
327 wird. Die baden-württembergischen Optionskommunen belegen dabei exemplarisch, dass die Betreu-
328ung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern durch die Kommunen problemlos funktionieren
329 kann. An die Stelle der zentralistisch organisierten Bundesagentur für Arbeit sollten deshalb in Zu-
330 kunft getreu dem Subsidiaritätsprinzips kommunale Arbeitsvermittlungen treten. In einem solchen
331 Modell ist jedoch sicherzustellen, dass die standortübergreifende Vermittlung durch eine Vernetzung
332 der Beteiligten gewährleistet wird. Neben der Strukturreform plädiert die Junge Union für den Abbau
333 solcher Förderprogramme, die ohne nachweisbare Effekte für den Arbeitsmarkt geblieben sind. Aus
334 den Mitteln der Arbeitslosenversicherung müssen weder Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter wirt-
335 schaftlich gesunder Unternehmen gefördert werden, noch erscheinen andauernde Umschulungsmaß-
336 nahmen ohne wirkliche Beschäftigungsperspektive sinnvoll. Am Ende dieser Maßnahmen sollte
337 Deutschland auch wieder zu einer ehrlichen Arbeitslosenstatistik zurückkehren und sämtliche Men-
338 schen ohne ein Beschäftigungsverhältnis statistisch erfassen und ausweisen.

339
340 **Eigenverantwortung statt Einheitslösung.** Die großkoalitionäre Gesundheitsreform und mit ihr das
341 Bürokratiemonster des Gesundheitsfonds hat für die Patienten nichts verbessert. Vor allem die
342 Schlechterstellung der baden-württembergischen Ärzte und Patienten im Zuge der Einführung des
343 Gesundheitsfonds ist ein Beispiel dafür, wie in Berlin auf Kosten Baden-Württembergs Politik ge-
344 macht wird. Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, sich in Nachverhandlungen für eine Mit-
345 telverteilung einzusetzen, die den Besonderheiten der hochqualitativen medizinischen Versorgung im
346 Land mit hohen Personal- und Investitionskosten Rechnung trägt. Der Einheitstarif und die nachgela-
347 gerte Umverteilung der Mittel haben für weniger Transparenz gesorgt und den Wettbewerb unter den
348 Kassen noch schwerer gemacht. Aus Sicht der Jungen Union wäre allerdings das Gegenteil nötig ge-
349 wesen. Eine neue Bundesregierung hat die notwendige Umsteuerung nach der Wahl vorzunehmen.
350 Nur wenn medizinische Leistungen und ihre jeweiligen Kosten für den Patienten als Kunden transpa-
351 rent gemacht werden, ist ein gesteigertes Kostenbewusstsein zu erreichen. Deshalb sollten auch ge-
352 setzlich versicherte Patienten zum Quartalsende eine Abrechnung über die von ihnen in Anspruch ge-
353 nommenen Leistungen erhalten. Weiter müsste ein Wettbewerb zwischen den Kassen bei variablen
354 Beiträgen einen Anreiz zur Sparsamkeit geben und den inzwischen einsetzenden Wildwuchs bei Wahl-
355 leistungen verhindern. Grundsätzlich ist für die Junge Union auch in Zukunft eine angemessene medi-
356 zinische Versorgung für alle Patienten zu gewährleisten. Angesichts der spezialisierten Hochleis-
357 tungsmedizin kann künftig jedoch nicht alles, was medizinisch leistbar ist, von den gesetzlichen Kran-
358 kenkassen auch automatisch in vollem Umfang erstattet werden. Vielmehr sollten nur nachweislich
359 bessere Therapien in den Leistungskatalog der Kassen aufgenommen werden. Vor diesem Hinter-
360 grund wird es zur privaten Entscheidung jedes Versicherten werden, inwieweit er seine gesundheitli-
361 che Versorgung durch eigenfinanzierte Zusätze weiter optimieren möchte. Ebenso müssen vermehrte

362 Zu- und Abschlüge für verhaltensbedingte Gesundheitsrisiken den individuellen Anteil an der Ge-
363 sundheitsvorsorge stärken und dabei gleichzeitig eine gewisse Steuerungsfunktion übernehmen.
364

365 **Medizinische Versorgung in der Fläche erhalten.** Die Infrastruktur des Gesundheitssystems kann
366 nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam gestaltet werden. Die medizinische Notfall- und
367 Regelversorgung muss dabei ortsnah erfolgen. Diese Aufgaben können dort, wo kleinere Krankenhäu-
368 ser für die kommunalen Träger nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind, verstärkt durch ein Koope-
369 rationssystem der niedergelassenen Ärzte wahrgenommen werden. Mitttelgroßen Kliniken könnten
370 sich in einer verstärkten und abgestimmten Spezialisierung neue Perspektiven eröffnen. Angesichts
371 der explodierenden Kosten werden sich jedoch medizinische Spitzenleistungen nur in wenigen zentra-
372 len Großkrankenhäusern solide finanziert anbieten lassen. Nur dort werden auch die, für eine qualita-
373 tiv hochwertige Versorgung notwendigen Fallzahlen zu erreichen sein. Die örtlichen Krankenhäuser
374 wollen wir mit diesen Kliniken zu leistungsstarken Verbänden zusammenführen. Durch den damit
375 möglichen Austausch von Erfahrung und Personal können auch die angeschlossenen Häuser profitie-
376 ren. Damit ein solches abgestuftes System funktionieren kann, muss der Arztberuf jedoch auch künf-
377 tig attraktiv bleiben. Damit wieder mehr Medizinabsolventen in der Patientenversorgung arbeiten
378 wollen, bedarf es aber gerade in ländlichen Regionen einer gezielten Unterstützung des ärztlichen
379 Nachwuchses und einer Kampagne der Berufsorganisationen, die die Vorzüge einer Tätigkeit in diesen
380 Regionen jungen Ärzten nahe bringt. Dies gilt auch für die notärztliche Versorgung, den Rettungs-
381 dienst und die Apotheken.
382

383 **Für Verständnis werben.** Wer die Patientinnen und Patienten für die kommenden Reformen ge-
384 winnen will, muss um ihr Vertrauen kämpfen und deutlich machen, dass auch im System selbst Spar-
385 potentiale genutzt werden. Deshalb gilt es die immer wieder auftretende Mitnahmentalität in den
386 Selbstverwaltungsorganen genauso energisch zu bekämpfen, wie vereinzelt Korruptionsfälle im Ge-
387 flecht zwischen Pharmaindustrie und Ärzteschaft. Im Hinblick auf die zu begrüßende Einführung der
388 digitalen Gesundheitskarte, die Doppeluntersuchungen vermeiden helfen kann, wird es ferner darauf
389 ankommen, die Patienten zu überzeugen. Die Junge Union plädiert in diesen Zusammenhang dafür,
390 auch die Datenschutzinteressen der Patienten ernst zu nehmen.
391

392 **Gesundheitswesen mit zukunftsfähiger Finanzierung.** In Anbetracht der dargestellten Grundsätze
393 fordert die Junge Union die Bundesregierung auf, innerhalb der ersten Hälfte der Legislaturperiode
394 eine grundlegende Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens auszuarbeiten und dem Parla-
395 ment zur Entscheidung vorzulegen. Maßstäbe für die zukünftige Finanzierung müssen eine langfristi-
396 ge Praktikabilität und soziale Ausgewogenheit sein
397

398 399 **V. INFRASTRUKTUR: WEGE ZUM WACHSTUM**

400
401 **Mobilität als Lebensgefühl.** Die individuelle Mobilität rangiert heute in der gesellschaftlichen
402 Wertschätzung an vorderster Stelle. Das gilt auch und besonders für Jugendliche und junge Erwachse-
403 ne. Mobilität steht bei Ihnen für Modernität, Flexibilität und Zukunft. Wer mobil ist, kann heute prob-
404 lemlös auch längere Strecken überwinden und neue Länder kennen lernen oder in fremden Weltregi-
405 onen nach Arbeitschancen suchen. Die Mobilität zuhause ist vor diesem Hintergrund zur Selbstver-
406 ständlichkeit geworden. Gerade die junge Generation erwartet deshalb von der Politik, dass sie Rah-
407 menbedingungen schafft, die ein verantwortliches und nachhaltiges Maß an Mobilität ermöglichen.
408

409 **Deutschland im Herzen Europas.** Gerade die Bundesrepublik und in besonderem Maße das Export-
410 land Baden-Württemberg sind als wirtschaftliches Kraftzentrum in der Mitte des Kontinents auf eine
411 leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die flächendeckende Erschließung
412 unseres Landes von den Knotenpunkten bis hin in den ländlichen Raum stellt einen entscheidenden

413 Standortvorteil dar. Die Junge Union tritt dabei für ein Nebeneinander von Verkehrswegen wie Was-
414 ser, Straße, Schiene und Luftraum ohne ideologisch geprägte Blockadehaltung gegenüber einzelnen
415 Mitteln der Fortbewegung. Dabei muss sich der Bund seiner Verantwortung wieder stärker widmen
416 und gerade im Südwesten für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sorgen.
417

418 **Verkehr muss organisiert werden.** Eine Politik, die um die Bedeutung von Mobilität und Verkehr
419 weiß, muss auch die damit verbundenen Probleme lösen können. Lärm und unterschiedliche Schad-
420 stoffemissionen gilt es, dabei im Rahmen einer angemessenen Interessenabwägung soweit wie mög-
421 lich zu begrenzen oder zu verhindern. Zur Verringerung der verkehrsbedingten Nebenwirkungen ins-
422 besondere in den Ballungszentren fordert die Junge Union, die Entwicklung und Förderung verkehrs-
423 reduzierender Steuerungs- und Logistikkonzepte sowie den Aufbau modernster Telematik- und Ver-
424 kehrsleitsysteme voranzutreiben. Kein Standort könnte besser für solche Projekte geeignet sein als
425 das Automobilland Baden-Württemberg.
426

427 **In Schwerpunkte investieren.** Im Hinblick auf die knappen finanziellen Mittel führt kein Weg daran
428 vorbei, sich im Bereich des Straßenbaus auf den Erhalt unseres Verkehrsnetzes und wenige, überregi-
429 onal bedeutsame Projekte zu konzentrieren. Trotz seines erheblichen Beitrags zur Wirtschaftskraft
430 und auch zum Steueraufkommen Deutschlands wurde Baden-Württemberg viel zu lang bei Investitio-
431 nen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur übergangen. Dies muss sich ändern. Der aufgelaufene
432 Berg an planfestgestellten Projekten bindet die wenigen, heute noch zur Verfügung stehenden Mittel
433 auf viele Jahre hinaus. Zur zeitnahen Umsetzung der eigentlich durch den Bund zu finanzierenden
434 Projekte ist die Junge Union dennoch bereit, das Land aufzufordern, sich bei der nötigen Vorfinanzie-
435 rung und Planung tatkräftig zu engagieren. Konkret fordert die Junge Union den raschen Ausbau der
436 Autobahnen A5, A6, A8 und A81 auf mindestens drei Fahrstreifen je Richtung auf allen, besonders
437 auch in den nächsten 20 bis 30 Jahren staugefährdeten Abschnitten, einen substantiellen Ausbau der
438 Bundesstraßen im Land und mindestens eine leistungsfähige vierspurige Ost-West-Verbindung im
439 Süden des Landes. Sollte es zu weiteren konjunkturbedingten Straßenbauprogrammen kommen, so
440 sind diese Projekte zuerst voranzutreiben. Bei der Konzeption solcher Baumaßnahmen sollten künftig
441 die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss während der Maßnahme stärker berücksichtigt werden. Zu-
442 dem ist darauf zu achten, dass anderweitige Wartungs- und Unterhaltsarbeiten soweit möglich in ver-
443 kehrsarme Zeiten gelegt werden. Diesbezüglich sind auch eine zügige Realisierung zu gewährleisten
444 und spürbare Vertragsstrafen für Verzögerungen festzulegen und durchzusetzen. Ferner sollten im
445 Zuge der Umsetzung des Konjunkturpakets II solche Mittel, die für den Bereich der energetischen Sa-
446 nierung nicht konjunkturgerecht bis Ende 2010 einsetzbar sein werden, in den Straßenbau umgeleitet
447 werden.
448

449 **Finanzielle Lasten gerecht verteilen.** Zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen schlägt die
450 Junge Union die baldige Einführung einer nutzerbezogenen Jahresvignette ab dem Jahr 2011 für PKWs
451 ähnlich der Vignette in Österreich auf der Basis verschiedener Zeittarife vor. Dies würde auch den in-
452 tensiven Transitverkehr an der Finanzierung des deutschen Straßennetzes beteiligen. Im Gegenzug
453 müssen die Autofahrer bei der Mineralölsteuer und der Kfz-Steuer entlastet werden. Die erzielten
454 Einnahmen dürfen jedoch nicht im Bundeshaushalt versickern, sondern sind ausschließlich für den
455 Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. Daher bietet sich die Schaffung einer
456 kreditfähigen Straßenmanagementgesellschaft in alleinigem öffentlichem Eigentum an, die die Ein-
457 nahmen aus der Maut zweckgebunden für den Straßenbau oder zur Reduzierung der umweltbezoge-
458 nen Lasten einsetzt.
459

460 **Die Zukunft liegt auf der Schiene.** Baden-Württemberg darf im europäischen Schienenverkehr
461 nicht abgehängt werden. Die Junge Union steht deshalb zum Zukunftsprojekt Stuttgart/Baden-
462 Württemberg 21. Zudem setzt sich die Junge Union für den weiteren Ausbau der Schienenstrecke
463 Karlsruhe-Basel ein. Grundsätzlich sollen langfristig alle relevanten Schienenstrecken elektrifiziert

464 werden; ohne allerdings die Anbindungsstrecken auszudünnen. Die Verlagerung des innereuropäi-
465 schen Schwerverkehrs auf die Schiene muss daneben als grundsätzliches Anliegen vorangetrieben
466 werden. Auf diesem Wege ließen sich die überwiegend von LKWs ausgehenden Belastungen wie Lärm
467 und Schadstoffemissionen begrenzen und Staus vermeiden. Deshalb will die Junge Union den Ausbau
468 gut erschlossener Cargo-Zentren, die die verschiedenen Verkehrsträger optimal verzahnen. Erleich-
469 tern ließe sich der notwendige Umstieg auf die Schiene durch eine verkehrssteuernde LKW-Maut, die
470 auch eine zeitliche und örtliche Differenzierung vornimmt und stärker ökologische Gesichtspunkte
471 berücksichtigt.

472
473 **Luft- und Schiffsverkehr den Anforderungen anpassen.** Der Flughafen Stuttgart als Tor Baden-
474 Württembergs zum internationalen Luftverkehr muss von der Politik unterstützt werden, um seiner
475 Rolle auch künftig gerecht zu werden und im Wettbewerb bestehen zu können. Da mittelfristig die
476 Passagierzahlen weiter steigen ist schon heute ein konsequenter Ausbau des Flughafens unumgäng-
477 lich. Eine Erweiterung der luftseitigen Kapazitäten durch eine zweite Landebahn wird von der Jungen
478 Union unterstützt. Die regionalen Flughäfen und Flugplätze gilt es, bei Bedarf maßvoll und aus eige-
479 ner wirtschaftlicher Kraft zu erweitern. Auf diesem Wege können alle Landesteile mit ihren Menschen
480 und Unternehmen an den Flugverkehr angebunden werden. Im Bereich des Binnenschiffsverkehrs be-
481 grüßt die Junge Union den Ausbau der Neckarschleusen. Durch diese Investitionen wird der gewach-
482 senen Größe der Standardbinnenschiffe Rechnung getragen. Der somit gewährleistete Anschluss Ba-
483 den-Württembergs an die großen europäischen Wasserstraßen entlastet unsere Straßen fortdauernd.

484
485 **Infrastruktur modern definieren.** Für die Junge Union bedeutet Infrastruktur im 21. Jahrhundert
486 mehr als nur den Bau von Verkehrswegen. Die moderne Wissensgesellschaft zeichnet sich nicht nur
487 durch körperliche Mobilität aus, sondern ist noch vielmehr auf digitale Vernetzung angewiesen. Der
488 Ausbau von digitalen Breitbandnetzen zu einem engmaschigen Netz von Datenautobahnen in ganz
489 Deutschland ist für die Junge Union daher die entscheidende infrastrukturelle Herausforderung der
490 kommenden Jahre. Dabei darf vor allem der ländliche Raum nicht abgehängt werden. Nicht zuletzt in
491 diesem Zusammenhang schlägt die Junge Union ferner vor, beim Ausbau der Hochgeschwindigkeits-
492 netze auch den Einsatz von Funknetzen stärker zu berücksichtigen.

493
494 **Daseinsvorsorge sichern.** Die verlässliche und preisgünstige Versorgung mit Energie und Wasser,
495 sowie eine funktionierende Müllentsorgung gehören für die Menschen in Deutschland zum absoluten
496 Basisprogramm öffentlicher Leistung. Wo immer die Bürgerinnen und Bürger dies wollen, muss es
497 möglich sein, dass die Kommunen diese Leistungen selbst oder durch Gesellschaften in ihrem Eigen-
498 tum erbringen. Die Junge Union fordert die Bundesregierung und die CDU/CSU-Gruppe im europäi-
499 schen Parlament auf, gegen jede weitere Zwangsliberalisierung vorzugehen und absehbare Nachteile
500 für die Verbraucher zu stoppen.

501
502 **Für Banken vor Ort.** Unser bewährtes Bankensystem bestehend aus öffentlich-rechtlichen Spar-
503 kassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken genießt in der Bevölkerung großes Vertrauen. Um
504 dieses weiter zu festigen, verlangt die Junge Union von Bund und Ländern sich für die Belange der
505 Sparkassen in Brüssel einzusetzen und den Sektor der Landesbanken zeitnah zu konsolidieren.

506 507 508 **VI. UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT : NACHHALTIGKEIT ALS SCHLÜSSEL FÜR DIE** 509 **ZUKUNFT**

510
511 **Die Schöpfung bewahren.** Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlage für die zukünftigen
512 Generationen gehört schon immer zum Kernbestand einer wertorientierten, konservativen Poli-
513 tik. Belange des Umweltschutzes spiegeln sich in vielen Politikfeldern wider. Von der Flächenversiege-
514 lung über den Gewässerschutz bis zur Luftreinhaltung gilt es, ökonomische und ökologische Interes-

515 sen in Einklang zu bringen. Nur auf diesem Wege kann es auch in wirtschaftlich schweren Zeiten ge-
516 lingen, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für den Umwelt- und Naturschutz zu erreichen. Die
517 rein dogmatische sowie auf Auflagen und Verboten basierende Umweltpolitik der politischen Linken
518 polarisiert unnötig und muss vor diesem Hintergrund scheitern.

519
520 **Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor.** Angesichts der weltweit zunehmende ökologischen Probleme
521 und des selbst in Amerika und Asien gestiegenen Umweltbewusstseins ist in den letzten Jahren ein
522 globaler Markt für Umwelttechnologien entstanden. Von den beachtlichen Wachstumsraten in dieser
523 Branche können inzwischen zahlreiche deutsche und vor allem baden-württembergische Anbieter
524 profitierten. Der Umweltschutz ist damit zum Motor einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung ge-
525 worden, der Forschung und Wirtschaft verbindet und hochqualifizierte Arbeitsplätze in unserer Hei-
526 mat schafft. Die Junge Union tritt deshalb für eine stärkere Berücksichtigung der Umwelttechnologien
527 bei der Vergabe nationaler Forschungsmittel ein und fordert gleichermaßen eine schrittweise Reduk-
528 tion der Subventionen für die Bezieher dieser Mittel.

529
530 **Übersichtliche Regelungen schaffen.** Um die vielfältigen Normen des bundesdeutschen Umwelt-
531 und Naturschutzrechts für die Menschen und die Wirtschaft transparent zu machen, spricht sich die
532 Junge Union für die Schaffung eines bundesdeutschen Umweltgesetzbuches aus. In diesem sollten
533 sämtliche relevanten Vorschriften des Bundesrechts übersichtlich zusammengefasst werden. Die Jun-
534 ge Union fordert von der bayrischen Landesregierung und der CSU, sich nicht länger einem Kompro-
535 miss mit den anderen Bundesländern zu verschließen. Minderung von Bürokratie und Entlastung von
536 Bürgern und Unternehmen sollte auch in München Priorität haben.

537
538 **Energiemix ohne ideologische Scheuklappen.** Die Menschen und Unternehmen im Land brauchen
539 sichere, preisgünstige und saubere Energie. Die Junge Union Baden-Württemberg bekennt sich des-
540 halb zur Kernkraft als einer CO₂-armen und klimaverträglichen Übergangsform der Energieversor-
541 gung. Die Junge Union spricht sich für einen Ausstieg aus dem Atomausstieg aus. Zusätzlich plädieren
542 wir für eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Betreibern der deutschen Kernkraftwerke,
543 wonach die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängert werden und die hierdurch erzielten Mehrein-
544 nahmen für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernfusion und regenerativen Energieträ-
545 ger verwendet werden. Die Junge Union fordert die Betreiber der Kernkraftwerke daher auf, sich deut-
546 licher als bisher in der Öffentlichkeit und bei den Entscheidungsträgern für die Verlängerung der
547 Laufzeiten einzusetzen. Die Junge Union setzt sich im Bereich der erneuerbaren Energien für eine ver-
548 antwortungsvolle Nutzung der Geothermie ein. Darüber hinaus plädiert die Junge Union dafür, die
549 Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel nur für eine nachhaltige Politik zu verwenden und in ers-
550 ter Linie Staatsschulden zu tilgen. Um die Ziele einer nachhaltigen Energiepolitik zu erreichen, fordert
551 die Junge Union die Entwicklung und Umsetzung eines ganzheitlichen Energiekonzepts für die Bun-
552 desrepublik Deutschland.

553
554 **Das Land nachhaltig nutzen.** Die Eindämmung des Flächenverbrauchs bei gleichzeitiger Berück-
555 sichtigung kommunaler Entwicklungschancen gehört zu den Kernanliegen der Umweltpolitik in Ba-
556 den-Württemberg. Dies erklärt sich nicht nur aus dem Willen, unsere Umwelt als Erholungs- und Frei-
557 zeitraum zu erhalten, sondern auch aus den Folgen der demographischen Entwicklung. Vor allem im
558 nordöstlichen Teil Deutschlands würde eine weitere Zersiedelung regelrechte Infrastrukturrüinen
559 schaffen. Die kostspielige Erschließung von Flächen mit Straßen sowie Wasser- und Energieversor-
560 gung in Gegenden mit rapide abnehmender Bevölkerung ist dem bundesdeutschen Steuerzahler nicht
561 zu vermitteln und erhöht die Schuldenlast kommender Generationen. Der grundsätzliche Vorrang in-
562 nerörtlicher Entwicklungsmöglichkeiten vor Projekten auf der grünen Wiese sollte deshalb nicht nur
563 durch landespolitische Initiativen wie einen „Pakt gegen Flächenverbrauch“ vorangetrieben werden,
564 sondern muss deutschlandweit auch baurechtlich noch deutlicher normiert werden. Bei der Umset-

565 zung der Ziele zu einem geringeren Flächenverbrauch sind dabei hoheitliche Maßnahmen (Regional-
566 plan- Flächennutzungsplan) mit marktwirtschaftlichen Anreizen zu kombinieren.
567

568 **Leistungsfähige Landwirtschaft erhalten.** Die deutschen Landwirte sehen sich schon seit Jahrzehnten
569 stetig zunehmenden Herausforderungen gegenüber. Die schrittweise Reduzierung der EU-
570 Landwirtschaftssubventionen von heute 45 % auf 35 % des Gesamthaushaltes im Jahr 2013 und ein
571 ruinöser Wettbewerb im Einzelhandel haben die wirtschaftliche Perspektive mancher Betriebe in Fra-
572 ge gestellt. Auch wenn unsere Landwirte vielfältige Leistungen zur Pflege unserer einzigartigen Kul-
573 turlandschaft erbringen, sieht die Junge Union die Landwirte doch in erster Linie als selbständige Un-
574 ternehmer und Nahrungsmittelproduzenten. Die Verantwortung der Bundespolitik liegt dabei darin,
575 die Wettbewerbsbedingungen deutscher Agrarbetriebe im Vergleich zu ihren Konkurrenten zu
576 verbessern. Die Junge Union erwartet von der Bundesregierung deshalb die Absenkung der Agrardie-
577 selsteuer auf das Niveau der europäischen Nachbarstaaten und die Korrektur der steuerlichen Be-
578 nachteiligung landwirtschaftlicher Betriebe bei der Risikovorsorge im Bereich von Versicherungen.
579 Um abseits der Nahrungsproduktion weitere Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, tritt die Junge Union
580 im Zuge der zunehmenden Bedeutung nachwachsender Rohstoffe dafür ein, stillgelegte Agrarflächen
581 zur Gewinnung energiereicher Nutzpflanzen zu reaktivieren oder die bäuerlichen Betriebe bei der Er-
582 schließung touristischer Einnahmequellen wie „Ferien auf dem Bauernhof“ zu unterstützen.
583

584 **Qualität als Chance.** Für viele Verbraucher nimmt die Bedeutung ökologisch erzeugter Nahrungs-
585 mittel zu. Sie sind bereit, für gesunde Produkte aus ihrer Region einen angemessenen und für die
586 Landwirte auskömmlichen Preis zu bezahlen. Die Politik sollte den landwirtschaftlichen Betrieben hel-
587 fen, diese Chance nutzen zu können. Dazu gehört die Gewährleistung eines gentechnikfreien Anbaus
588 in der Landwirtschaft, wo dies vor Ort gewünscht wird, die restriktive Handhabung von Patenten auf
589 Leben und Lebensmittel sowie das Zurückdrängen minderwertiger Ersatzstoffe, wie etwa des synthe-
590 tischen Analogkäses in der Lebensmittelproduktion. In diesem Zusammenhang tritt die Junge Union
591 für eine Kennzeichnungspflicht der Inhalts- und Ersatzstoffe ein, um mehr Transparenz für den Ver-
592 braucher zu schaffen. Die damit zu erzielende Nachfragesteigerung nach heimischen Produkten wür-
593 de unseren Landwirten eine deutlich dauerhaftere Zukunftsperspektive eröffnen als staatliche Quo-
594 tenregelungen und Mindestpreise.
595

596 **Risikomanagement bei grüner Gentechnik.** Die Politik muss die Sorgen der Bürger bei grüner Gen-
597 technik ernst nehmen und darf keine unnötigen Risiken eingehen. Die Forschung im Bereich der grü-
598 nen Gentechnik befindet sich noch in einem so frühen Stadium, bei dem möglichen Risiken noch nicht
599 vollständig abschätzbar sind. Deshalb spricht sich die Junge Union gegen Freilandversuche bei Gen-
600 Getreide und Gen-Raps in Baden-Württemberg aus. Solange die Fragen der Koexistenz und der Haf-
601 tung gegenüber konventionell wirtschaftenden Betrieben und gegenüber Biobetreibern noch nicht
602 geklärt sind, machen derartige Versuche in unserer kleinteilig organisierten Landwirtschaft keinen
603 Sinn. Wir sprechen uns aber ausdrücklich für Versuche in Laboren oder Gewächshäusern aus und for-
604 dern eine Intensivierung der Forschung im Bereich der grünen Gentechnik.
605
606

607 VII. GESELLSCHAFT, FAMILIE UND INTEGRATION : WERTE SCHAFFEN GEMEIN- 608 SCHAFT

609
610 **Unverzichtbare Werte.** Jede Gesellschaft ist geprägt durch ein Fundament von Werten und Grund-
611 überzeugungen. Diese geben den Menschen und der Gemeinschaft als Ganzes Halt und Orientierung.
612 Für die Junge Union stellt deshalb das Bewusstsein um unsere freiheitlich-demokratische und christ-
613 lich-abendländische Tradition auch für die Zukunft einen unverzichtbaren gesellschaftspolitischen
614 Grundkonsens dar. Die Vermittlung der Wertegrundlage unserer Gesellschaft ist zuallererst Aufgabe
615 der Familien, aber auch der staatlichen Bildungsinstitutionen.

616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655
656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666

Eigenverantwortung und Ehrenamt stärken. Freiheit und Gerechtigkeit erfordern den Mut des Einzelnen, sich für sich selbst und seine Gesellschaft einzusetzen. Genauso wie die Junge Union daher die Eigenverantwortung im Wirtschafts- und Arbeitsleben stärken möchte, muss auch die Bereitschaft jedes Bürgers gefördert werden, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen. Bundesweit leben wesentliche Teile des Rettungswesens der Feuerwehr und des Zivilschutzes, des sportlichen, kirchlichen und kulturellen Lebens sowie jede Form gemeinnütziger Vereine vom selbstlosen Einsatz ehrenamtlicher Helferinnen und Helfern aus allen Teilen der Bevölkerung. Die Arbeit in diesen Bereichen ist eine persönliche Herausforderung und auch Bereicherung. Die Junge Union setzt sich für die besondere Anerkennung und Aufmerksamkeit des Ehrenamtes durch die Politik und die Menschen ein, hält daher an der Übungsleiterpauschale für Ehrenamtlichen fest und fordert den weiteren Ausbau entsprechender Beratungs- und Vernetzungsstrukturen.

Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Die Familie bildet, als kleinste Einheit, die Basis unserer Gesellschaft. Sie ist nach Ansicht der Jungen Union das Idealbild für das Zusammenleben von Mann und Frau mit Kindern. Darüber hinaus umfasst sie aber auch das Miteinander der Generationen und die darin enthaltene Bereitschaft, füreinander einzustehen. In ihr findet die Vermittlung wesentlicher Erziehungsinhalte auf der Basis des gesamtgesellschaftlichen Wertekonsenses statt. Angesichts ihrer Bedeutung braucht die Familie den besonderen Schutz und die besondere Unterstützung des Staates sowie auch die ideelle Anerkennung und Wertschätzung ihrer gesamtgesellschaftlich unverzichtbaren Funktion und Leistung.

Familie und Beruf verbinden. Die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbunden mit einer finanziellen Entlastung der Familien muss im Mittelpunkt einer christdemokratischen Familienpolitik stehen. Anders als die politische Linke, die die Kindererziehung den Familien in DDR-Manier nahezu vollständig aus der Hand nehmen möchte, plädiert die Junge Union für eine wirkliche Wahlfreiheit der Eltern. Sie müssen im Rahmen ihrer persönlichen Bedürfnisse und mit Blick auf das Wohl ihres Kindes entscheiden können, ob und in welchem Umfang sie arbeiten oder ihr Kind betreuen lassen möchten. Deshalb fordert die Junge Union den zügigen, bedarfsgerechten Ausbau von flexiblen Angeboten der Kleinkindbetreuung und Angeboten der Ganztagesbetreuung für alle Altersstufen. Nur wer sein Kind qualitativ gut, liebevoll und zuverlässig in Zeiten seiner Abwesenheit betreut weiß, kann sich mit voller Kraft anderen Aufgaben widmen. Gleichzeitig darf der Staat jedoch Familien nicht benachteiligen, die sich für eine Bereuung ihrer Kinder zuhause und für private Betreuungsmodelle, wie zum Beispiel Tagesmütter, entschieden haben. Gerade vor diesem Hintergrund gilt es, die Familien auch finanziell in die Lage zu versetzen, solche Betreuungsformen überhaupt finanzieren zu können. Die Junge Union plädiert daher für eine Erweiterung des Ehegattensplittings um eine „Kinderkomponente“. Ebenso wichtig sind aber auch die Berücksichtigung der Bedürfnisse arbeitender Eltern und die Anerkennung ihrer spezifischen Fähigkeiten in der Arbeitswelt. Hier sieht die Junge Union auch die Arbeitgeber in der Pflicht, familienfreundliche Arbeitswelten zu schaffen und beispielsweise flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle anzubieten.

Kinder schützen. Kinder sind einerseits die Zukunft unserer Gesellschaft und andererseits gehören sie zu deren schwächsten Gliedern. Es ist daher unser aller vordringlichste Aufgabe, sie zu schützen und Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen. In diesem Sinne fordert die Junge Union den bundesweiten Auf- und Ausbau von Elternkursen und Elterntrainings. Im Mittelpunkt sollte dabei die Stärkung der Erziehungsfähigkeit bei gleichzeitiger Vorbeugung gegen mögliche Langzeitfolgen wie Überforderung und Vernachlässigung stehen. Um Kinder im Bedarfsfall adäquat schützen und frühzeitig handeln zu können, tritt die Junge Union für bundeseinheitliche verbindliche Standards und Meldepflichten zur Gewährleistung des Kindeswohls und die Stärkung sowie bessere Vernetzung der entsprechenden staatlichen Stellen ein. Wo Eltern ihrem Erziehungs- und Schutzauftrag gegenüber ihren Kindern nachweislich grob nachlässig nicht nachkommen, muss von staatlicher Seite auch

667 entsprechend eingegriffen werden können. Die Junge Union schlägt hier als eine mögliche Maßnahme
668 teilweise die Umwandlung staatlicher, kindbezogener Geldleistungen – z.B. des Kindergeldes – in
669 Wertgutscheine für entsprechend spezifische Leistungen (z.B. Betreuungsangebote und Essensmög-
670 lichkeiten) vor.

671
672 **Familien übernehmen Verantwortung.** Familien tragen in unserer Gesellschaft auch einen großen
673 Teil der Belastung durch die Betreuung und Unterstützung hilfe- und pflegebedürftiger Angehöriger.
674 Um hier ebenfalls die Familien zu unterstützen und zu entlasten sowie Betroffenen die Geborgenheit
675 und das Miteinander in der Familie so lange als möglich zu erhalten, fordert die Junge Union den bun-
676 desweiten Ausbau adäquater ambulanter Unterstützungsangebote und staatlicher Hilfen im Bereich
677 der Pflege und Behindertenhilfe.

678
679 **Integration braucht Gesellschaft.** Viele Menschen ausländischer Herkunft sind inzwischen in
680 Deutschland heimisch geworden. Sie haben sich erfolgreich integriert und tragen zum Erfolg unseres
681 Staates bei. Es gilt aber auch diejenigen Migranten, die sich bislang noch nicht in unsere Gesellschaft
682 einfügen konnten, künftig verstärkt zu integrieren. Vor allem die Sprachförderung, sei es in der Schule
683 oder im Rahmen anderer Initiativen, ist für die Junge Union der Schlüssel zur dauerhaften Integration
684 und muss daher im Mittelpunkt der Förderprogramme stehen. In diesem Zusammenhang gilt es
685 Migranten auch angemessen an den Kosten des jeweiligen Integrationsprojektes zu beteiligen. Die
686 Motivation zum Erwerb sprachlicher Kompetenzen lässt sich dabei steigern, wenn wesentliche Teil-
687 habemöglichkeiten, wie beispielsweise der Erwerb des Führerscheins, nur in deutscher Sprache mög-
688 lich sind. Allerdings darf Integration nicht bei der Sprache aufhören. Erst die Vermittlung unseres
689 Wertesystems und unserer kulturellen Gepflogenheiten ermöglicht Migranten sich einzufügen und
690 dadurch aktiver Teil der Gesellschaft zu werden. Dabei nimmt der kulturelle Austausch vor Ort eine
691 besondere Stellung ein. Nirgendwo ist Integration leichter zu erleben, als im Rahmen der lebendigen
692 Vereinskultur in den Städten und Gemeinden. Die Einführung von Migrantenquoten, zum Beispiel bei
693 der Studienplatzvergabe oder bei Einstellungsverfahren des öffentlichen Dienstes, lehnt die Junge U-
694 nion hingegen entschieden ab. Eine solche Zwangsbeglückung würde sowohl dem Leistungsgedanken
695 widersprechen als auch andere Bewerber potentiell benachteiligen und dadurch die Akzeptanz von
696 Migranten in der Gesellschaft verringern. Ferner hat die von der ehemaligen rot-grünen Bundesregie-
697 rung eingeführte doppelte Staatsbürgerschaft die Integration nicht erleichtert und teilweise sogar zu
698 Problemen für die Einbürgerungswilligen geführt. Die Junge Union erwartet daher von einer neuen
699 bürgerlichen Mehrheit im Bundestag die Abschaffung der doppelten Staatsangehörigkeit.

700
701 **Klare Grenzen ziehen.** Trotz der beachtlichen Anstrengungen und zahlreicher Programme gelingt
702 die Integration nicht in jedem Fall. Ausländer, die relevant straffällig geworden sind oder bei denen
703 der begründete Verdacht eines verfassungsfeindlichen Engagements besteht, haben ihr Gastrecht in
704 Deutschland verwirkt und müssen konsequent abgeschoben werden. Mögliche Abschiebehindernisse
705 gilt es nicht nur restriktiv auszulegen, sondern auf dem Wege von Vereinbarungen mit den jeweiligen
706 Herkunftsländern auszuräumen. Gefahr für eine ausgewogene Migrationspolitik droht aus Sicht der
707 Jungen Union in den kommenden Jahren vor allem aus Brüssel. So gilt es die im Rahmen der europäi-
708 schen Zuständigkeit für die Flüchtlings- und Asylpolitik diskutierte Gleichstellung von Asylbewerbern
709 mit einheimischen Sozialhilfeempfängern zu verhindern. Berücksichtigt man den im Vergleich zu uns-
710 ren europäischen Nachbarstaaten hohen Standard des deutschen Sozialsystems, würde eine solche
711 Regelung Deutschlands Attraktivität für Asylsuchende und Flüchtlinge sprunghaft erhöhen. Das in
712 Deutschland seit über 15 Jahren bewährte Konzept aus Sachleistungen und Gemeinschaftsunterkünft-
713 en würde zerstört und im schlimmsten Fall durch einen individuellen Anspruch jedes Einzelnen auf
714 Wohnung plus Ausstattung und vielfältige Geldleistungen ersetzt. Ein weiteres, auf europäischer Ebe-
715 ne zu lösendes Problem, stellt die Bewältigung der im Mittelmeerraum auftauchenden Flüchtlings-
716 ströme dar. Hier sollte sich Deutschland zusammen mit den Mittelmeeranrainern um ein Konzept

717 bemühen, dass sowohl auf frühzeitige Zuwanderungsprävention, als auch auf eine gemeinsame Un-
718 terbringung von Migranten in den Nachbarstaaten der Union setzt.

719
720

721 VIII. INNERE SICHERHEIT: KEINE FREIHEIT OHNE SICHERHEIT

722

723 **Rahmenbedingungen für mehr Sicherheit schaffen.** Der Bereich der Inneren Sicherheit gehört zu
724 den originären Länderkompetenzen. Struktur und Ausrüstung der Polizei, Fragen der Kriminalpräven-
725 tion sowie der Kampf gegen die Jugendkriminalität fallen in die Verantwortung der Polizeibehörden
726 vor Ort. Im Sinne unseres Föderalismusverständnisses darf der Bund auch künftig nur die Abwehr be-
727 sonderer Gefahren für den Staat selbst übernehmen sowie den strafrechtlichen und strafprozessualen
728 Rahmen regeln. In diesem Zusammenhang gilt es, eine möglichst weitgehende Waffengleichheit zwi-
729 schen immer besser ausgerüsteten Kriminellen auf der einen und den staatlichen Behörden bei ihren
730 Ermittlungsbemühungen auf der anderen Seite herzustellen. Die Möglichkeit, verdeckte Ermittler ein-
731 zusetzen, muss deshalb nach Meinung der Jungen Union Baden-Württemberg genauso erleichtert
732 werden, wie die Voraussetzungen für den Einsatz des genetischen Fingerabdrucks bei gleichzeitiger
733 Wahrung der Interessen des Datenschutzes. Auch der zu lange tabuisierte Einsatz der Bundeswehr im
734 Inland muss bei Gefahren für die Allgemeinheit endlich verfassungsrechtlich ermöglicht werden. Im
735 Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die keine nationalen Grenzen mehr kennt, müssen Einrich-
736 tungen wie Europol den Informationsaustausch zwischen den europäischen Staaten koordinieren und
737 in Einzelfällen selbst ermittelnd tätig werden können. Zu den effektiven Mitteln der Verbrechensbe-
738 kämpfung gehört für die Junge Union die Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten genau-
739 so, wie der verantwortungsvolle Einsatz von Kommunikations- und Wohnraumüberwachungsmaß-
740 nahmen, die eine generelle richterlichen Anordnung voraussetzen und nur zur Aufklärung schwerer
741 Straftaten genutzt werden dürfen. Diese muss jedoch auf Personen beschränkt bleiben, die im drin-
742 genden Tatverdacht hinreichend qualifizierter Straftaten stehen. Die Vorratsdatenspeicherung in der
743 beschlossenen Form lehnt die Junge Union jedoch ab.

744

745 **Kein Platz für Extremisten.** Dem Versuch von in- und ausländischen Extremisten, mit Gewalt und
746 Terror unser Land und seine Menschen zu bedrohen, müssen wir mit aller Entschlossenheit entgegen-
747 treten. Radikale mit deutscher Staatsbürgerschaft gilt es, politisch zu isolieren und mit allen Mitteln
748 des Strafrechts zu bekämpfen. Ausländische Extremisten dürften erst gar nicht nach Deutschland ge-
749 langen. Für uns gilt mit dem Grundsatz „in dubio pro securitate“, dass im Vorfeld von Visa-Erteilungen
750 die möglichen extremistischen Einstellungen der Antragssteller überprüft werden müssen. Grundsätz-
751 lich dürfen extremismusverdächtige Personen weder als Asylsuchende noch als Flüchtlinge nach
752 Deutschland oder Europa gelangen. In diesem Zusammenhang lehnt die Junge Union die Aufnahme
753 von Häftlingen anderer Staaten angesichts der noch immer erheblichen Gefahrenpotentiale ab und
754 fordert mit Nachdruck die umfassende Strafbarkeit eines Aufenthalts in sogenannten Terror-Camps.
755 Bereits nach Deutschland gelangte Extremisten haben ihr Aufenthaltsrecht endgültig verwirkt und
756 sind unverzüglich abzuschieben. Zur besseren Koordinierung der gesamteuropäischen Terrorabwehr-
757 bemühungen ist auf europäischer Ebene die Zusammenführung der vorhandenen Informationssyste-
758 me zu einem integrierten Datenbanksystem voranzutreiben.

759

760 **Das Strafrecht auf neue Herausforderungen einstellen.** Der hohe Anteil von Gewaltverbrechen im
761 Bereich jugendlicher Täter erfordert eine entschlossene Reaktion der Gesellschaft. Im Hinblick auf die
762 Bundespolitik plädiert die Junge Union daher für eine frühere strafrechtliche Verantwortlichkeit.
763 Schon bei Tätern zwischen 7 und 14 Jahren gilt es, strafbare Handlungen mit vor allem erzieherischen
764 Maßnahmen zu ahnden und ihnen auf diesem Wege Grenzen aufzuzeigen. Ab dem 14. Lebensjahr
765 greifen sollten künftig die verschärften Sanktionsmechanismen des Jugendstrafrechts, das um die
766 Möglichkeit eines „Warnschussarrests“ erweitert werden muss, greifen. Der Großteil der Straftäter
767 zwischen 18 und 21 Jahren wird derzeit von den Gerichten nach Jugendstrafrecht behandelt. Dabei

768 wird den Straftätern oft nicht klar, dass sie dennoch für ihre Taten die volle Verantwortung zu tragen
769 haben. Mit der Volljährigkeit hat ein junger Mensch aber sowohl alle gesellschaftlichen Rechte und
770 Pflichten wie auch die vollumfängliche Verantwortung für sein Handeln. Die Junge Union fordert des-
771 halb die Abschaffung des Heranwachsendenstatus und die Ergänzung des Strafkatalogs des Strafge-
772 setzbuchs um ausgewählte erzieherische Maßnahmen. Für die meisten jungen Menschen ist der Füh-
773 rerschein und die damit verbundene Mobilität ein wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität. Nach
774 Begehung der ersten Straftaten in einem jungen Leben, erfolgt in der Regel derzeit keine spürbare
775 staatliche Reaktion. Eine Sanktion muss aber gerade am Beginn einer kriminellen Karriere auch als
776 solche erkennbar sein und wirken. Die Junge Union fordert deshalb den Entzug der Fahrerlaubnis als
777 eigenständige Strafe einzuführen und damit die Kopplung an eine Verkehrsgeneignetheit einer Straftat
778 aufzuheben.

779
780 **Verantwortung in der digitalen Welt.** Das Internet und die voranschreitende Digitalisierung ganzer
781 Lebensbereiche haben den Menschen nicht nur zahlreiche Chancen eröffnet, sondern auch neue Her-
782 ausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit geschaffen. Hier gilt es, eine angemessene Balance
783 zwischen dem Schutz der Freiheit des Einzelnen einerseits und den berechtigten Sicherheitsinteressen
784 der Gesellschaft andererseits zu finden. Extremisten und Kriminelle dürfen sich nicht unbehelligt im
785 Internet betätigen. Generell lehnt die Junge Union dabei aber alle Versuche ab, die Freiheit des In-
786 ternetns strenger zu regulieren als andere Medien und wendet sich gegen die aktuellen Zensurabsich-
787 ten im Internet. Vielmehr muss für die Junge Union die Abschaltung strafrechtlich relevanter Server
788 und die Belangung der Urheber im Mittelpunkt staatlicher Maßnahmen stehen. Im Hinblick auf die
789 Verbreitung gewaltverherrlichender Inhalte in den Medien sieht die Junge Union in erster Linie die Er-
790 ziehungsberechtigten und Schulen gefordert. Das Verbot von Entwicklung, Produktion, Verkauf und
791 Besitz bestimmter Computerspiele ist dagegen abzulehnen. Die Vermittlung eines verantwortungs-
792 vollen Umgangs mit Medien muss heute selbstverständlich sein. Dabei gilt es, die Nutzer über Gefah-
793 ren und Suchtpotentiale aufzuklären und die bestehenden gesetzlichen Regelungen des Jugendschut-
794 zes auch durchzusetzen. Allgemeine Internetsperren und pauschale Verbote, wie von bestimmten
795 Computerspielgattungen lehnt die Junge Union dagegen entschieden ab.

796
797 **Olympische Waffen reichen aus.** In der aktuellen Diskussion um eine Verschärfung des Waffen-
798 rechts tritt die Junge Union für eine restriktive Linie ein, die dennoch die Interessen der Sportschüt-
799 zen berücksichtigt. Die Vorverurteilung eines jeden Sportschützen, Jägers oder Waffensammlers geht
800 am Ziel vorbei. Den Besitz von Sportwaffen, sowie der in einigen Berufszweigen leider notwendigen
801 Schusswaffe, muss erlaubt bleiben. Im Gegensatz zu der Schweiz oder den Vereinigten Staaten lehnt
802 die Junge Union allerdings den Besitz von Halbautomatischen Kriegs- und Angriffswaffen ab. Die Ver-
803 hältnismäßigkeit muss auch beim Waffenbesitz gewahrt bleiben. Darüber gilt es, die gesetzlichen Vor-
804 schriften zur Lagerung und Aufbewahrung von Waffen durch regelmäßige Kontrollen zu überprüfen.